



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

29. hét

2019.07.15.

ZUSAMMENFASSUNG

Ungarische Innenpolitik – *In 9 Komitatsstädten gibt es noch keine Einigung zwischen den Oppositionsparteien:*

Die Oppositionsparteien konnten sich bislang erst in kaum mehr als 1 Prozent aller ungarischen Städte und Gemeinden darauf verständigen, einen gemeinsamen Kandidaten für das Bürgermeisteramt aufzustellen. Unterdessen kommen sie nicht voran, was die einzelnen Abgeordneten für die Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen sowie die verbleibenden 3.100 Ortschaften anbelangt. In Budapest liegt Amtsinhaber István Tarlós bei Umfragen acht Punkte vor Herausforderer Gergely Karácsony.

Wirtschaftspolitik – *Am Freitag hat das Parlament den Haushaltsplan für 2020 verabschiedet:*

Die ungarische Regierung hat einen weiteren Schritt in Richtung eines Haushaltsentwurfs mit Nullsaldo getan. Das durch das Parlament beschlossene Budget für das kommende Jahr soll nämlich ungeachtet der gestiegenen Ausgaben für Familienförderung, Gesundheitswesen, Bildung und den Aktionsplan zum Schutz der Wirtschaft das Defizit im Staatshaushalt auf dem niedrigen Wert von 1 Prozent am BIP halten.

Außenpolitik, Außenwirtschaft – *Ungarn errichtet einen Hafen im italienischen Triest:*

Für den Uferabschnitt, der als Überseehafen dienen wird, zahlt die Regierung im Rahmen eines auf 60 Jahre befristeten Konzessionsvertrags 31 Millionen Euro. Der Bau des ungarischen Handelshafens wird den ungarischen und den internationalen Handel stärken sowie geeignet sein, auf dem Weg der „Neuen Seidenstraße“ eintreffende Waren für den Weitertransport in andere Länder Europas abzufertigen. Obendrein stärkt dieses Projekt die ungarisch-italienischen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen.

Nachrichten, die Beachtung verdienen – *Ab 1. September gelten die Gesetzesänderungen hinsichtlich der Akademie:*

Im Anschluss an die durch Oppositionsabgeordnete in Aussicht gestellte Normenkontrolle dürfte das Forschungsnetzwerk „Loránd Eötvös“ einschließlich des diesem zugeordneten Systems der Forschungsinstitute ab dem 1. September seine Arbeit aufnehmen, dem künftig mehr Gelder bereitgestellt werden.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

IN 9 KOMITATSSTÄDTEN GIBT ES NOCH KEINE EINIGUNG UNTER DEN OPPOSITIONSPARTEIEN

Unter 3.155 ungarischen Städten und Gemeinden versuchen die Oppositionsparteien konzentriert auf die einzelnen Stadtbezirke der Hauptstadt und die Komitatsstädte gemeinsame Kandidaten aufzustellen. Selbst in den 23 Budapester Stadtbezirken und den Komitatsstädten geht der Nominierungsprozess nicht reibungslos vonstatten, doch in kleineren Städten stellt sich die Lage wegen der divergierenden Parteiinteressen noch schlechter dar.

In 14 Komitatsstädten und 21 Budapester Stadtbezirken konnten sich die Oppositionsparteien einigen, sich hinter jeweils einen Kandidaten zu stellen, um bei den Kommunalwahlen im Herbst ohne jeden Gegenkandidaten anzutreten. In Ungarn werden in drei Monaten in 3.155 Städten und Gemeinden Gemeindevertreter, Stadtverordnete und Bürgermeister gewählt, wobei die bislang abgeschlossenen 35 örtlichen Vereinbarungen kaum mehr als 1 Prozent aller Ortschaften abdecken. Zumal die Stabilität der geschlossenen Übereinkünfte fragwürdig ist. In Budapest sollen ausgehend von den 21 Abmachungen, die ein Gros der Oppositionsparteien getroffen haben, in 9 Stadtbezirken Kandidaten der MSZP, in 6 Bezirken der DK, in 4 Bezirken der Momentum-Bewegung sowie in jeweils 1 Stadtbezirk Kandidaten von Párbeszéd und Jobbik die Stimmen aller erhofften Sympathisanten der Opposition einsammeln. Im Jahre 2014 konnten in der Hauptstadt in 6 Stadtbezirken Kandidaten gewinnen, die nicht den Regierungsparteien angehören. 2019 werden in einer Mehrheit dieser Bezirke – in vier von sechs – durch die MSZP nominierte Kandidaten antreten. Bei den Kommunalwahlen werden Position und Spielraum des gewählten Bürgermeisters entscheidend durch die politische Zusammensetzung der ihm untergeordneten Abgeordnetenversammlung beeinflusst. Ähnlich wie vor fünf Jahren ist aber auch jetzt vorläufig nicht abzusehen, welche Kandidaten die Oppositionskräfte in den einzelnen Städten und Gemeinden ins Rennen schicken werden.

Aber nicht einmal in Hinsicht auf die Wahl des Budapester Oberbürgermeisters stehen die Oppositionsparteien und der durch diese unterstützte Kandidat bestens da. Seitdem er die zweite Runde der Vorwahlen für sich entscheiden konnte, haben sich die Popularitätswerte für Gergely Karácsony im Wesentlichen nicht verändert. Ausgehend von einer repräsentativen Meinungsumfrage

des Nézőpont-Instituts unter 500 Budapester Wählern steht der Bürgermeister des Stadtbezirks Zugló bei 38 Prozent, während für OB István Tarlós 46 Prozent stimmen würden. Obendrein äußerten 51 Prozent der Budapester, sie seien zufrieden mit der Tätigkeit des Amtsinhabers, und nur 40 Prozent waren entgegengesetzter Meinung, was auf keine politische Wechselstimmung in Budapest hindeutet. Denn ein Kandidat der Opposition kann Wähler, die mit dem amtierenden Oberbürgermeister zufrieden sind, nahezu unmöglich in den verbleibenden drei Monaten für sich gewinnen – erst recht, wenn sich mehrere Kandidaten als Herausforderer aufstellen lassen.

UNGARISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

AM FREITAG HAT DAS PARLAMENT DEN HAUSHALT FÜR 2020 BESCHLOSSEN

Das Parlament hat den Haushaltsentwurf der ungarischen Regierung für 2020 mit 127 gegen 58 Stimmen verabschiedet. Dank der noch vor dem gesetzlich vorgeschriebenen Stichtag erfolgten Schlussabstimmung gewährt die Regierung den Marktakteuren und den ungarischen Bürgern ausreichend Zeit, um sich mit den wichtigsten Veränderungen vertraut zu machen und darauf vorzubereiten.

Die drei Ecksäulen des Budgets im kommenden Jahr bestehen aus zunehmenden Förderungen für Familien, der Einführung eines Aktionsplans zum Schutz der Wirtschaft und einer Stärkung der Finanzstabilität. Die ungarische Regierung kalkuliert mit einem Wirtschaftswachstum von 4 Prozent, während das Defizit des Staatshaushaltes 1 Prozent betragen wird. Des Weiteren möchte die Regierung ihre Erfolge beim Abbau der Staatsschulden wiederholen: Sie geht davon aus, dass sich die Schuldenrate bis Ende 2020 auf 67 Prozent am BIP reduzieren lässt, bei einer mittleren Jahresinflation von 2,8 Prozent. Der Staatshaushalt setzt sich aus drei Hauptteilen zusammen: der Einnahmen- und der Ausgabenseite sowie den Sicherheitsreserven. Im Jahre 2020 wird die vollständige Ausgabenseite mit 21.793 Milliarden Forint angesetzt, während die Einnahmen des Fiskus auf 21.426 Milliarden Forint steigen sollen, was ein gut zu managendes Defizit von 367 Milliarden Forint verursachen würde. In Verbindung mit dem Defizit sagte der Ministerpräsident in seinem üblichen Freitaginterview für das Kossuth-Radio, die wirtschaftspolitische Ambition der Regierung ziele darauf ab, so schnell wie möglich einen Haushalt zusammenzustellen, der einen Überschuss aufweist. Sollte die jetzt eingestellte Sicherheitsreserve in Höhe von 488 Milliarden Forint nicht zur Verwendung

gelangen, würde das Budget bereits einen Nullsaldo aufweisen. Im Fokus des Staatshaushalts 2020 steht die Umsetzung des Aktionsplans zum Schutz der Familien. Dafür stehen im kommenden Jahr 2.228 Milliarden Forint zur Verfügung, knapp 224 Milliarden Forint mehr, als noch in diesem Jahr. Ausgehend von diesen Zahlen weist Ungarn heute die höchste Rate der Familienförderung am BIP aus – wenigstens in Europa. Die zweite Säule des Haushaltsplans, der Aktionsplan zum Schutz der Wirtschaft, erreicht ein Gewicht von rund 500 Milliarden Forint. Das von der Regierung vorgelegte Paket aus 13+1 Punkten beinhaltet die fortgesetzte Senkung der Sozialabgaben um 2 Prozentpunkte und der Steuer für Kleinfirmen KIVA um 1 Prozentpunkt, wie noch weitere Lasten vereinfacht oder aufgehoben werden. Mit diesen Maßnahmen verfolgt die Regierung das Ziel, die bisher erreichten Ergebnisse der ungarischen Wirtschaft zu bewahren und in einem Umfeld der lahmen europäischen und globalen Konjunktur ein Wachstumstempo markant über dem EU-Durchschnitt zu halten. Für Bildungszwecke wendet die Regierung in diesem Jahr 48 Milliarden Forint, für das Gesundheitswesen 184 Milliarden Forint mehr auf.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

UNGARN ERRICHTET EINEN HAFEN IM ITALIENISCHEN TRIEST

Die ungarische Regierung hat entschieden, einen Zugang zu den Weltmeeren beziehungsweise einen Handelshafen im italienischen Triest einzurichten. In dem Hafen sind zudem Investitionen in die Infrastruktur im Volumen von nahezu 100 Millionen Euro vorgesehen. Künftig können ungarische Unternehmen von hier aus ihre Ausfuhren abwickeln, während Waren über die „Neue Seidenstraße“ von hier auf dem Festland weiter in andere Länder Europas befördert werden können.

Mit der Fertigstellung des Hafens werden ungarische Unternehmen jährlich 75.000 Container oder 2 Millionen Tonnen Güter auf dem Seeweg umschlagen können. Der Minister für Auswärtiges und Außenwirtschaft, Péter Szijjártó, bezeichnete die über den Hafen unterzeichnete Vereinbarung als einen der wichtigsten Verträge der jüngeren Jahre, mit einer strategischen Bedeutung für die ungarischen Unternehmen und Ungarn. Der Politiker betonte, die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern stimmte noch nie derart zuversichtlich. Péter Szijjártó verwies auf den Umstand, dass Italien an fünfter Stelle der wichtigsten Handelspartner Ungarns stehe. Gleichzeitig handelt es sich um den fünftgrößten Investor in Ungarn, denn 700 italienische Unternehmen beschäftigen

hierzulande mehr als 15.000 Arbeitnehmer. Der italienische Innenminister Matteo Salvini unterstrich, dass „Häfen eröffnet werden, die den Trend der Entwicklungsrichtung abbilden“. Die hier getroffene Kooperationsvereinbarung trage herausragend zur Entwicklung der italienischen Wirtschaft bei. Wie der Politiker sagte, hätten sich die Verhandlungen mit Péter Szijjártó um den Energiesektor und Kooperationen auf den Gebieten der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelindustrie sowie um gemeinsame Überlegungen zur Verteidigungspolitik gedreht. Wie er hinzufügte, habe man große gemeinsame Infrastrukturprojekte Ungarns mit Italien behandelt. Des Weiteren sprach man von Energietrassen, mit denen zugleich eine unabhängige Anbindung zwischen den beiden Ländern sichergestellt wird. Salvini brachte seine Meinung zum Ausdruck, dass dies zugleich wichtige wirtschaftliche Schritte für die Stadt Triest seien. Péter Szijjártó hob hervor, dass Ungarn und Italien strategische Verbündete seien, da sich beide Länder eine Europäische Union wünschen, die zu ihrer nationalen Identität, Geschichte und religiösen Herkunft hält und aus starken Nationalstaaten besteht. Der Minister wies zurück, dass Länder, die ihre Grenzen schützen, politischen Attacken ausgesetzt sind. Genauso wenig dürfe zugelassen werden, dass Italien von illegalen Einwanderern überschwemmt wird, die über das Mittelmeer kommen. Als Alternative zu dem Projekt des Überseehafens Triest galt Koper. Bei diesem slowenischen Hafen handelt es sich um den viertwichtigsten Meereszugang für Ungarn.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

AB 1. SEPTEMBER TRETEN DIE ÄNDERUNGEN BEZÜGLICH DER AKADEMIE IN KRAFT

Staatspräsident János Áder unterzeichnete am vergangenen Freitag den durch Dr. Zsolt Semjén am 4. Juni 2019 eingereichten Gesetzentwurf über „die Modifizierung einzelner für die Umgestaltung von Institutionen und der Finanzierung des Systems von Forschung, Entwicklung und Innovationen notwendiger Gesetze“ mit Aktennummer T/6359. Die Konsultationen in Verbindung mit dem Umbau laufen seit dem vorigen Juni. Seither wurden zahlreiche alternative Vorschläge formuliert, woraufhin es im März 2019 den Anschein hatte, der zustande gekommene Kompromiss sei für beide Seiten akzeptabel. Im Kern ging es dabei darum, dass sich die Ungarische Akademie der Wissenschaften (MTA) mit Wirkung vom 1. Januar 2020 von ihrem Netzwerk an Forschungsinstituten lossagt, das als Einheit bewahrt bleibt, wobei über dessen künftige strukturellen Veränderungen ein neues

Leitungsgremium entscheiden solle. Dieses Gremium wird gemeinsam aufgestellt, auf Paritätsbasis zwischen MTA und Regierung, d. h. beide Seiten delegieren in gleicher Zahl Mitglieder in das Gremium. Den Vorsitzenden des Gremiums wird der Ministerpräsident auf der Grundlage eines gemeinsamen Vorschlags von Seiten des MTA-Präsidenten und des Ministers László Palkovics ernennen. Auf diese Weise verliert die Akademie ihr Vermögen nicht, das akademische Forschungsnetzwerk bleibt auch weiterhin ein organischer Bestandteil der einheimischen Forschungs- und Entwicklungsstrukturen. Die durch die MTA-Führung gemeinsam mit der ungarischen Regierung ersonnene Lösung wurde durch die Mitgliederversammlung der Akademie – die aus maximal 200 einheimischen Akademikern und Nichtakademikern besteht – mit einer Mehrheit von 78 Prozent verworfen. Stattdessen wurde die Forderung erhoben, in dem Leitungsgremium Delegierte und Vertreter von drei an Stelle von zwei Parteien zuzulassen. Man wollte also der Einrichtung eines Leitungsgremiums mit mindestens 12+1 Mitgliedern zustimmen, in das Akademie, Regierung und das Netzwerk der Forschungsinstitute jeweils zu einem Drittel Mitglieder entsandt hätten. Daraufhin kehrte die Regierung zu ihrem ursprünglichen Lösungsansatz zurück, indem sie das Forschungsnetzwerk „Loránd Eötvös“ (ELKH) einrichtete – das ein eigenständiges Haushaltskapitel erhält und somit nicht unter der Aufsicht und Lenkung durch die Regierung steht –, woraufhin sämtliche Forschungsinstitute (aktuell 15 Institute, die sich innerhalb der Strukturen der Akademie befanden) mit Wirkung vom 1. September 2019 den ELKH-Strukturen zugeordnet werden. Laut Gesetzesänderung gilt das Leitungsgremium mit seinen 13 Mitgliedern als wichtigstes Entscheidungsorgan des ELKH-Sekretariats, wobei abgesehen vom Vorsitzenden jeweils sechs Personen durch die Regierung und durch die Akademie delegiert werden, mit der Klausel, dass es sich bei wenigstens zwei Dritteln der Mitglieder des Leitungsgremiums um Vertreter der Wissenschaften handeln muss. Die Mitglieder des Leitungsgremiums werden durch den Ministerpräsidenten ernannt. Geführt wird das Leitungsgremium durch den Vorsitzenden, den auf gemeinsamen Vorschlag des Präsidenten der Ungarischen Akademie der Wissenschaften und des für die Wissenschaftspolitik verantwortlichen Ministers der Ministerpräsident ernennt. Daneben wurde ein Landesrat für Wissenschaftspolitik eingerichtet, bei dem es sich um ein Gutachtergremium handelt, das die Tätigkeit der Regierung auf den Gebieten Forschung, Entwicklung und Innovationen unterstützen soll. Der Ressortleiter des Ministeriums für Innovationen und Technologien, László Palkovics, bekräftigte in seiner Entgegnung auf ein Schreiben deutscher Wissenschaftler aus der Vorwoche, die Zielstellung des Umbaus bestehe darin, die Wissenschaften näher an den

marktkonform organisierten F+E-Sektor anzubinden, mit dem Hintergedanken, Effizienzsteigerungen zu erzielen. Die Oppositionsparteien dürften sich in dem Bestreben, politisches Kapital aus der Angelegenheit zu schlagen, zwecks Überprüfung der Modifizierungen an das Verfassungsgericht wenden.

PROGNOSE

- **Am Dienstagnachmittag, dem 16. Juli, könnte das Europäische Parlament die Entscheidung fällen, ob Ursula von der Leyen die nächste Präsidentin der Europäischen Kommission wird. Die Kandidatin wurde vor der Abstimmung von allen Fraktionen angehört, wobei schwer zu sagen ist, inwieweit sich der unter den Staats- und Regierungschefs ausgehandelte Kompromiss letztlich bei der Abstimmung niederschlagen wird.**

Gemäß bundesdeutschen Leitmedien werden die Europaabgeordneten von SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die vormalige Bundesverteidigungsministerin stimmen. Dagegen haben die Staats- und Regierungschefs die Kandidatin ihrer Unterstützung versichert. Von Seiten der ungarischen Regierung genießt Ursula von der Leyen absolute Unterstützung, zu deren Kandidatur Ministerpräsident Viktor Orbán erklärte: „Nachdem die Staats- und Regierungschefs ihre Unterstützung für die bundesdeutsche Verteidigungsministerin bekundeten, ist es ihre Pflicht, dieser Entscheidung im eigenen Hinterland im Parlament Geltung zu verleihen.“ Mit der Wahl der Ex-Verteidigungsministerin würden sehr wahrscheinlich auch die anderen Spitzenämter wie geplant vergeben. Die starke Fragmentierung des Europäischen Parlaments kann aber durchaus noch für Überraschungen sorgen.